Fraktionsantrag
CDU, FW und FDP

Drucksachen-Nr. 26-31/AT/0257

Friedberg, den 08.10.2026

Beratungsfolge	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	zur Entscheidung

Titel:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FW und FDP vom 07.10.2026; hier: Zügige Erschließung und Entwicklung eines neuen Gewerbegebiets südlich der Pfingstweide

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Entwicklung eines neuen Gewerbegebiets südlich des bestehenden Gewerbegebiets Pfingstweide mit hoher Priorität voranzutreiben und hierfür unverzüglich die erforderlichen vorbereitenden Schritte einzuleiten.
2. Ziel ist es, die planungsrechtlichen, eigentumsrechtlichen, verkehrlichen, technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des Gebiets zu schaffen und – soweit die Voraussetzungen gegeben sind – zeitnah ein entsprechendes Bauleitplanverfahren einzuleiten.
3. Der Magistrat wird insbesondere beauftragt,

- die für eine gewerbliche Entwicklung geeigneten Flächen südlich der Pfingstweide zu konkretisieren und hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit zu prüfen,
- die erforderlichen Gespräche mit Grundstückseigentümern, dem Wetteraukreis, dem Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main sowie weiteren beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange aufzunehmen,
- die erforderlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme bzw. Sicherung der gewerblichen Entwicklung im Regionalplan Südhessen / Regionalen

Flächennutzungsplan zu prüfen und die Interessen der Stadt Friedberg gegenüber den zuständigen Planungsträgern aktiv zu vertreten,

- die notwendigen Untersuchungen insbesondere hinsichtlich Verkehr, Erschließung, Entwässerung, Natur- und Umweltschutz sowie sonstiger planungsrechtlicher Belange vorzubereiten,
- ein Erschließungs- und Finanzierungskonzept einschließlich einer belastbaren Kostenschätzung zu erarbeiten,
- Möglichkeiten einer abschnittsweisen Entwicklung zu prüfen,
- die künftige Verkehrsführung frühzeitig mit der Bundeswehr abzustimmen, sofern diese die ehemaligen Ray Barracks wieder militärisch nutzen möchte und
- frühzeitig mit der Wirtschaftsförderung und potenziellen Unternehmen Kontakt aufzunehmen, um den Bedarf und mögliche Ansiedlungsinteressen zu ermitteln.

4. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Ende des 1. Quartals 2027 einen ersten Sachstandsbericht vorzulegen. Dieser soll insbesondere informieren über

- die grundsätzlich geeigneten Flächen,
- den Stand der Gespräche mit Grundstückseigentümern und Planungsträgern,
- die erforderlichen planungsrechtlichen Schritte,
- die voraussichtlichen Erschließungskosten,
- mögliche Fördermöglichkeiten,
- den erwartbaren Gewerbeflächenbedarf sowie
- einen konkreten Zeitplan bis zur Baureife.

5. Bei der Entwicklung des Gebiets ist darauf zu achten, dass eine leistungsfähige und zukunftsfähige Verkehrsanbindung gewährleistet wird und die Belastungen für die angrenzenden bestehenden Gewerbe- und Siedlungsbereiche möglichst gering gehalten werden. Die bereits geplante grundhafte Erneuerung der Pfingstweide soll dabei mit den Anforderungen einer möglichen Erweiterung des Gewerbestandorts abgestimmt werden.

CDU, FW und FDP